Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 25, Reklamezeile 40 Pf.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 2,70 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 3,— Mk. und durch den Briefträger 3,15 Mk. Einzel-Nummer 10 Pfg.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 4. | Donnerstag, den 8. Januar 1920. | 59. Jahrgang

Die drei Kaiser.

Das alte brutale Wort „Verlaß dich auf andere so bist du verlassen", gilt nicht nur für gewöhnliche Sterbliche, es gilt auch für die Großen der Erde. Und es hat auch für die Beziehungen unter den drei Kaisern gegolten, die die Kriegs-Revolution vom Throne geworfen hat. Auch nicht einmal feierliche Verträge können die Treue sichern, welche die Voraussetzung wahrer Freundschaft unter den Staaten ist. Italien hat seine Verbündeten Deutschland und Oesterreich verraten, und der Kaiser von Oesterreich hat Deutschland im Frühjahr 1917 verraten, wie seine in Paris veröffentlichten Briefe an den Präsidenten Poincare über den Abschluß eines eventuellen Sonderfriedens dargetan haben. Von diesen Treibereien hinter unserem Rücken haben die deutschen Zeitungen schon während des Krieges Mitteilungen gemacht. Damals hieß es, diese Briefe seien gefälscht gewesen. Heute wissen wir, daß es Wahrheit war. Hinter dem Rücken des verbündeten Deutschland hat der Kaiser Karl von Oesterreich mit der Entente verhandelt, von der Angst getrieben, er könnte seinen Thron verlieren. Er hat diesen Schritt ohne Wissen Deutschlands getan, das um der habsburgischen Monarchie willen in den Weltkrieg getreten war. Das bittere Wort „Dank vom Haus Oesterreich!" klingt heute im deutschen Empfinden wieder.

Die Absicht des Kaisers Karl, einen Sonderfrieden herbeizuführen, ist ja nicht zur Ausführung gelangt, aber seit dem März 1917 hat infolge dieses Schrittes die Entente gewußt, wie es mit Deutschland und Oesterreich stand. Dadurch ist die Wirkung des U-Bootkrieges und der Friedensschritt des Papstes vom Sommer 1917 aufgehoben. Die Entente wußte, daß Oesterreich fertig sei, und sie rechnete damit, daß Deutschland nur noch eine begrenzte Zeit Widerstand leisten könne. Ihre Ausdauer und die Entwicklung der amerikanischen Streitkräfte mußten den Krieg entscheiden. Deshalb hatte auch die glorreiche deutsche Offensive vom Frühling 1918 keine Friedenswirkung, und die Bildung der Fochschen Reservearmee war eine Folge dieses Wissens. Deshalb sind die deutschen Friedensanregungen seit März 1917 fruchtlos geblieben und der deutsche parlamentarische Untersuchungsausschuß braucht nicht mehr nach Schuldigen für die Kriegsverlängerung zu suchen. Sie liegen in dem Briefe Kaiser Karls, worin er sagt, er werde Frankreich unterstützen und einen Druck auf Deutschland ausüben.

Wir wissen aus früheren Mitteilungen, daß von Wien aus versucht worden ist, diesen Druck auszuüben, daß aber von deutscher Seite geantwortet ist, wir müßten unseren Oesterreich als Feind betrachten, wenn es einen Sonderfrieden schlösse. Nachdem wir um Oesterreichs willen den Krieg auf uns genommen hatten, war eine andere Handlungsweise unmöglich. Wir hätten mit einem ausdauernden Oesterreich auch den Krieg zu einem guten Ende führen können, aber dem Habsburger bangte um seine Krone. Er vergaß, daß ein Krieg ohne Sieg seinen Thron noch mehr erschüttern werde, als ein Weiterkämpfen in Treue und Ehre. Freilich, das Rückgrat der habsburgischen Monarchie war schon vor dem Kriege viel schwächer, als an leitender deutscher Stelle erkannt war. Oder, als man dort glauben wollte.

Den deutschen Kaiser, der voll Optimismus und zu allen guten Diensten gegen seine kaiserlichen Vettern bereit war, hat keiner von diesen die Freundschaft gehalten. Nicht der schwache und von Hoffschranzen beherrschte Zar Nikolaus, dem er die herzlichsten Briefe geschrieben und mit dem er die Achselschnüre getauscht hatte, noch Kaiser Karl, der von seiner Frau und deren Familie beeinflußte Habsburger, mit dem er feierliche Verträge verbunden war. Es kann also wirklich Wunder nehmen, wenn auch die übrigen Potentaten auf die der letzte Hohenzollernkaiser gerechnet hatte, ihn im Stiche ließen. Es ist so Wer sich auf andere verläßt, der ist verlassen!

In Mitteilungen aus Amerongen heißt es, der ehemalige deutsche Kaiser spreche fast nur davon, daß er in Deutschland von allen verlassen und verraten worden sei, und daß er nicht daran denke, jemals wieder in die alte Heimat zurückzukehren. Auch das ist eine Wilhelminische Täuschung, er vergißt, daß es seine eigene irrige Beurteilung fremder Fürsten und Verhältnisse für uns unhaltbare Zustände im Kriege herbeigeführt hat. Er hat alle Staatsoberhäupter zu Freunden gewinnen wollen und, als es darauf ankam, keinen von denen behalten, die ihm nützen könnten. Wie er in dem Epileptiker Nikolaus einen wertschätzenden Staatsmann zu erblicken vermochte, ist eigentlich unbegreiflich, und es erklärt sich höchstens in seiner Auffassung vom Gottesgnadentum: Wem Gott eine Krone gibt, dem gibt er auch Kraft und Weisheit, sie zu tragen. Mit solchen Anschauungen und Voraussetzungen war aber nicht die Politik eines großen Reiches wie Deutschland zu führen.

Die Justizreform.

In einer Konferenz mit Vertretern der Presse machte der Herr Reichsminister Schiffer Mitteilung über die bevorstehende Justizreform. Es ist vor allem eine Neuordnung der Strafprozeßordnung vorgesehen. Der Minister führte über diese Reform näher aus:

Der größere Einfluß der Laienrichter.

Das wesentlichste Merkmal der Justizreform ist der größere Einfluß, der dem Laienelement bei der Rechtsprechung zugewiesen wird. Die Zahl der Berufsrichter wird vermindert, der Kreis der Schöffen und Geschworenen wird durch Lehrer und vor allem durch Frauen erweitert. Die jetzt bestehende Verfassung der Schöffengerichte wird in Zukunft auch für die Strafkammern Geltung haben. Die Strafkammern beim Landgericht werden sich von nun ab aus zwei Berufsrichtern und drei Laienrichtern zusammensetzen, während früher bei der Strafkammer nur Berufsrichter zugelassen waren. Durch diese neue Besetzung gewinnen die Schöffen eine ganz besondere Bedeutung. Die Zulassung der Frauen ist hauptsächlich wichtig für Delikte, welche von Frauen begangen worden sind, da zu ihrer Aburteilung grundsätzlich nur Schöffinnen zugelassen werden sollen. Ausgeschlossen vom Schöffenamt sollen Lehrer an einklassigen Volksschulen sein.

Der Gang des Verfahrens.

Die Voruntersuchung in Strafsachen bringt eine Verbesserung der Rechtsstellung des Beschuldigten insofern, als ihn der Staatsanwalt vor Erhebung der Anklage anhören muß. Die gerichtliche Voruntersuchung wird grundsätzlich ersetzt durch das Ermittlungsverfahren des Staatsanwaltes. Bei den Zwischenverfahren fällt der Eröffnungsbeschluß weg, bei der Hauptverhandlung wird das Verhör auf andere Grundlagen wie bisher gestellt werden. Die Beschränkung im Verkehr des Angeklagten mit seinem Verteidiger fallen fort, diesem wird auch grundsätzlich Einsicht in die Akten des Staatsanwaltes gestattet. Im einzelnen ist noch zu sagen, daß die Privatklage durch die Eigenklage ersetzt, daß das Sühneverfahren ausgebaut werden wird und künftighin auch beim Strafverfahren zu Schadenersatzanspruch erhoben werden kann. Organ der Strafvollstreckung ist in Zukunft der das Urteil fällende Richter.

Die Jugendgerichte.

Auch das neue Jugendgerichtsgesetz ist im wesentlichen fertiggestellt und geht nächstens dem Kabinett zu. Es bleibt dem Ermessen des Richters überlassen, ob eine Bestrafung oder ob Erziehungsmaßnahmen oder ob beides angewendet werden soll. Die bedingte Strafaussetzung bis zur Frist von 5 Jahren sowie Erhöhung des Strafmündigkeitsalters auf 14 Jahre ist in dem Entwurf festgelegt. Es soll überhaupt bei den Jugendgerichten mehr das pädagogische Element betont werden; daher werden hier ausnahmslos Frauen und Volksschullehrer zugelassen und es soll niemals ein Urteil gegen den Willen einer Frau gefällt werden.

Die Pariser Verhandlungen.

Die Ablieferung des Hafenmaterials.

Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Rat nahm den Wortlaut des Schreibens an, das sich über die Entschädigung für die Vernichtung der Flotte in Scapa Flow ausspricht. Dieses Schreiben wird dem Freiherrn v. Lersner im Namen der Alliierten nach dem Austausch der Ratifikationen übergeben werden. Er enthält die Verpflichtung Deutschlands zur sofortigen Lieferung von 192 000 Tonnen Schwimmdocks. Eine Herabminderung des Restes der ursprünglich verlangten 400 000 Tonnen kann stattfinden, doch darf das abzuliefernde Material insgesamt nicht weniger als 300 000 Tonnen betragen. Alle irgend noch vorhandenen Hindernisse des Austausches der Ratifikationen werden bis Ende der Woche beseitigt sein.

Friedenseintritt voraussichtlich am 10. Januar.

Der Text der vom Obersten Rat angenommenen Formel, welcher die Verhandlungen über das von Deutschland zur Kompensation für die Zerstörung der Flotte von Scapa Flow verlangte Marinematerial zu Grunde liegen, wurde am Montag nachmittag dem Freiherrn von Lersner übergeben. Man hat sich mit der deutschen Delegation endgültig über die Formulierung geeinigt, so daß der Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls des Friedensvertrages nichts mehr im Wege steht. Die durch die Inkraftsetzung des Vertrages nötig gewordenen Maßnahmen werden im Prinzip ins Auge gefaßt. Der Austausch der Ratifikationsurkunden wurde auf Sonnabend, 10. Januar, nachmittags, festgesetzt.

Deutsche Bitte um Einschränkung der Besatzungstruppen.

Die deutsche Regierung hat der Friedenskonferenz eine Note übergeben lassen, in der darauf gedrungen wird, daß das Aufgebot von Besatzungstruppen in den Abstimmungsgebieten mit Rücksicht auf die Finanzlage Deutschlands auf das den Verhältnissen nach unbedingt erforderliche Maß beschränkt bleibe.

Hinsichtlich der Abtrennungsgebiete von Danzig und Memel wird die Erwartung ausgesprochen, daß weder die künftige Freistadt Danzig noch das Gebiet von Memel mit den Kosten für die Besatzung belastet werden, da deren Leistungsfähigkeit hierfür bei weiten nicht ausreiche. Die Stärke der von der Entente für Danzig geplanten Besatzung würde den bisherigen Bestand der Friedensbesatzung erheblich überschreiten; auch in Memel würde eine geringere Besatzung hinreichen, um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Ein Verzeichnis der Restfragen.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Versailles hat am Sonnabend einzelne bei den Verhandlungen zu regelnde Fragen mit dem Generalsekretär der Friedensdelegation, Herrn Dutasta, nochmals mündlich besprochen. Bei dieser Gelegenheit ist Herrn Dutasta eine Aufzeichnung übergeben worden, in der die Stellung der deutschen Regierung zu diesen Fragen kurz gekennzeichnet wird.

Zur Beseitigung der Schwierigkeiten, die sich aus der Nichtbeteiligung Amerikas an der Errichtung des ersten Protokolls über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden ergeben, ist Deutschland bereit, weitgehend Entgegenkommen zu zeigen.

Es wird sodann nochmals festgestellt, daß Verluste deutschen Hafenmaterials ins Ausland nach dem 3. November nach den bisher angestellten Ermittlungen nicht stattgefunden haben.

Ferner wird erneut Verwahrung dagegen eingelegt, daß die Besatzungen der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow, die sich im Vertrauen auf die Abreden des Waffenstillstandes in den Machtbereich der Gegner begeben haben, gewaltsam festgehalten werden.

Weiter wird die Erwartung ausgesprochen, daß die sechs kleinen Kreuzer, die nach dem Friedensvertrag Deutschland verbleiben, solche Schiffe sein werden, deren Ersatz durch Neubauten nicht schon in wenigen Jahren notwendig wird. Es wird betont, daß die bewegliche Verteidigung der langgestreckten deutschen Küste auf den Besitz militärisch brauchbarer Kreuzer unbedingt angewiesen ist.

Zur Lage.

Die Eisenbahnerbewegung.

Die Lage in Frankfurt a. Main.

Die Lage in der Frankfurter Eisenbahnerbewegung hat sich nicht geändert. Die Ankündigung des Arbeitsministers, daß die Eisenbahnwerkstätten geschlossen werden, falls die passive Resistenz nicht aufhöre, hat, wie die Ortsverwaltung des deutschen Eisenbahnerverbandes mitteilt, die Arbeiter nicht beirrt, auf Grund ihrer Beschlüsse vom 31. Dezember auch am Montag streng nach den „vorgeschriebenenen Bestimmungen" und soweit die Kräfte der Arbeiter es „gestatten, zu arbeiten". Nach Auffassung der Arbeiter wird die Verwaltung von den angekündigten Maßnahmen keinen Gebrauch machen, da eine Betriebsschließung der Eisenbahnwerkstätten nicht auf Frankfurt beschränkt bleiben würde. Die Bewegung würde sich dann über das ganze preußisch-hessische Eisenbahngebiet erstrecken. Die Folge wäre der völlige Zusammenbruch des deutschen Verkehrswesens. Daß dies die Regierung beabsichtigt, könne von der Arbeiterschaft unmöglich angenommen werden. Das Eisenbahndirektionsgebäude ist seit Montag mittag von Reichswehrtruppen und Polizeimannschaften besetzt. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. Die Arbeiterschaft verhält sich vollkommen ruhig.

Die Stellungnahme der Beamten.

Auch die Beamtenschaft hat jetzt zu der Bewegung Stellung genommen. Die Vorstände und Vertrauensmänner des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnbeamten, Ortsgruppe Groß-Frankfurt, Fulda, Hanau, Gießen, Offenbach, Friedberg und Limburg erklären in einer Entschließung: Sie hätten keinerlei Veranlassung, auch nur das geringste zu tun, um die Bewegung einzudämmen, „nachdem wir ohne Zweifel die Ueberzeugung haben, daß es sich um einen Existenzkampf handelt, in welchem wir die gleichen Forderungen haben, und nachdrücklich darauf bestehen müssen, daß uns 300 Proz. Aufschlag auf die Teuerungszulagen gewährt werden, wie sie bereits am 28. November von Gesamtkartell des deutschen Beamtenbundes gefordert wurden. Außerdem fordern wir, daß die für die Werkführer geltenden Bestimmungen, wonach kein Beamter weniger als ein Hilfsbeamter oder ein Arbeiter verdienen darf, auf alle Beamten angewendet wird. Zunächst werden wir an der Weisung des Bundesvorstandes „Neutralitätswahrung" mit dem Bemerken festhalten, daß falls nicht unverzüglich Zusagen der Regierung hier eintreffen, wir für den weiteren Verlauf der Bewegung keinerlei Garantien übernehmen können oder werden."

Verschärfung der Lage.

Wie von zuständiger Stelle verlautet, hat sich die Lage in der Eisenbahnerbewegung verschärft. In Bezirk Elberfeld sind bereits offene Streiks

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119200108-16/fragment/page=0001

ausgebrochen. Auf den größeren Bahnhöfen in Düsseldorf, Hagen, Wohwinkel ruht der Betrieb oder wird nur mit Mühe aufrecht erhalten. In Thüringen und Schlesien ist alles ruhig. Die Verhandlungen über den Tarifvertrag werden im Eisenbahnministerium fortgesetzt. Eine Verschärfung ist dadurch eingetreten, daß die Arbeiterschaft plötzlich erhebliche Neuforderungen gestellt hat. Es ist beabsichtigt, die gezahlten Löhne in der Landwirtschaft und der Industrie mit den Eisenbahnerlöhnen zu vergleichen und danach eine Regelung zu schaffen. Die seit Januar gezahlten Abschlagszahlungen auf die Lohnerhöhungen bedeuten für den Eisenbahnetat eine Belastung von 40—50 Millionen. Wenn die neuen Tarifforderungen der Eisenbahnerverbände restlos bewilligt würden, dann würde das eine Mehrbelastung des Eisenbahnetats um jährlich 1 Milliarde 700 Millionen Mark bedeuten. Die Zugeständnisse des Eisenbahnministeriums gehen nicht so weit, aber die Spannung zwischen den den Forderungen um die bisherigen Zugeständnisse ist nicht sehr bedeutend, wie ja schon aus der Höhe der erwähnten Vorschüsse hervorgeht.

Riesendefizit bei den sächsischen Staatsbahnen.

Zu gleicher Zeit mit obigen Meldungen trifft eine Nachricht ein, die ein grelles Schlaglicht auf die verworrenen Verhältnisse in der Bahnverwaltung werfen: Die sächsischen Staatsbahnen haben im Laufe des Jahres 1919 einen Fehlbetrag von 300 Mill. Mark zu verzeichnen.

° **Die Verzögerung der Unterzeichnung des Friedensprotokolls,** die sich trotz aller bestimmten Terminankündigungen immer wieder einstellt, schiebt auch die Konsequenzen der Friedensverwirklichung hinaus. Immerhin ist der Aufschub nur kurz, und so sind denn auch die Vorbereitungen für den Transport der 21 000 Mann Ententetruppen nach dem oberschlesischen Abstimmungsgebiet bereits getroffen. Der heikelste Punkt bleibt noch wie vor die Auslieferung der sogenannten „Kriegsverbrecher", die vier Wochen nach der Vollziehung des Protokolls stattfinden soll. Dieser Gedanke ist unsäglich peinlich, auch wenn alle diese deutschen Männer sich freiwillig stellen, so haben wir doch keine Gewähr für ihre angemessene Behandlung im fremden Land. Wenn sie nach Paris kommen, so muß mit allen Möglichkeiten chauvinistischer Stimmung gerechnet werden, die die deutsche Ehre schwer verletzen. Es wird so wie so schon ein Schauspiel werden, das alle gerecht denkenden Menschen in der Welt erschüttern wird.

° **Das Schicksal der Heeresbetriebe.** Die „Tägl. Rundschau" glaubt mitteilen zu können, daß die deutschen Heeres- und Marinebetriebe und die Verwendung des noch vorhandenen Heeresmaterials durch eine Aktiengesellschaft unter Beteiligung des Reiches und später auch der Kommunen und Länder betrieben werden sollen. Falls dieser Plan gelingt, würde damit der größte Industriekonzern Europas geschaffen werden. Sachsen habe sich ebenso wie Süddeutschland gegen den Plan ausgesprochen. Sachsen will vielmehr bis 31. März alle in Sachsen befindlichen Heeresvorräte soweit möglich verkaufen.

° **Zentralstelle für den Wiederaufbau.** Nach eingehenden Vorarbeiten des Industriellen-Ausschusses des besetzten rheinischen Gebiets und des Schutzverbandes rheinischer Baumittelindustrie ist für die besetzten Gebiete zur Behandlung der Wiederaufbaufrage eine rheinische Zentralstelle für den Wiederaufbau mit dem Sitz in Köln ins Leben getreten, die eine möglichst lückenlose Zusammenfassung aller an dem Wiederaufbau interessierten wirtschaftlichen Kreise im Rheinlande anstrebt.

° **Das Versicherungsgewerbe vor dem Streik.** Gegenwärtig wird unser ganzes Wirtschaftsleben, durch heftige Wirtschaftskämpfe erschüttert, da zahlreiche Tarifverträge mit Ende des Jahres abgelaufen sind. Die größten augenblicklichen Kämpfe, die sich über das ganze Reich ausdehnen, sind die der Eisenbahner und der Reichs- und Staatsbeamten. Auch im Versicherungsgewerbe gährt es heftig. Im ganzen Reich haben am Dienstag geheime Abstimmungen über den Streik stattgefunden. Die Resultate gehen dem Zentralverband der Angestellten zu. In den Berliner Betrieben haben sich 87 Proz. der Angestellten für den Streik erklärt. Auch in allen größeren Städten, wie Frankfurt a. Main, Magdeburg, München, Köln, Stettin u. a., hat sich die erforderliche Zweidrittelmehrheit für den Streik gefunden. Obwohl sämtliche Resultate noch nicht vorliegen, ist doch die Gefahr eines Generalstreiks im gesamten Versicherungsgewerbe sehr drohend. Durch die Abstimmungen erhielt der Zentralverband der Angestellten die Vollmacht, den Zeitpunkt des Streikbeginns festzustellen, falls der Arbeitgeberverband Verhandlungen ablehnt. Dieser hingegen lehnt Verhandlungen nicht ab, fordert aber, daß nicht nur der (freigewerkschaftliche) Zentralverband, sondern auch die anderen Angestelltenverbände an den Verhandlungen teilnähmen. Nach Angabe des Zentralverbandes handelt es sich bei den Forderungen der Angestellten in der Hauptsachen um Gehaltsaufbesserungen und Mitbestimmungsrecht.

° **Entwaffnung der Baltikum-Truppen.** Von militäramtlicher Stelle wird bekanntgemacht: Die im Durchgangslager Groß-Poritzsch und in der König-Ludwig-Kaserne in Zittau untergebrachten Ostruppen gefährden durch ihr Benehmen, sowie vor allem durch Verkauf von in ihrem Besitz befindlichen Schußwaffen, die allgemeine Sicherheit und versuchen, den Staat durch Verkauf von Pferden und Ausrüstungsgegenständen zu schädigen. Reichswehrtruppen in Stärke von ungefähr vier Kompagnien sind in Zittau eingerückt. Der Führer der Truppen hat das Kommando über das Durchgangslager Groß-Poritzsch übernommen. Die dortigen Ostruppen, annähernd 300 Mann und 12 Offiziere, sind im allgemeinen ohne Zwischenfall entwaffnet worden. Hierzu wird von anderer Seite gemeldet: Die Baltikumtruppen verwahren sich dagegen, daß sie durch ihr Benehmen in der Stadt Zittau aufgefallen seien und sie bestreiten den Reichswehrtruppen der Regierung das Recht, ihnen ihre Ausrüstungsgegenstände, Pferde und Kriegsmaterial abzunehmen. Sie erklären, daß das gesamte Material ihr Eigentum ist, da das Bermoundt-Geld, das sie als Löhnung erhalten hätten, durch das Kriegsmaterial der russischen Westarmee eingelöst werden sollte. Sie verlangen die restlose Einlösung des in ihrem Besitz befindlichen Bermoundt-Geldes. Von der Regierung fordern sie, daß sie ihnen das Kriegsmaterial abkaufen soll.

Kriegsgefangenen-Rückkehr aus Japan. Der Hamburger Vertreter der japanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft Kaisha hat die Mitteilung erhalten, daß der Dampfer „Himalaya Maru" am 25. 12. mit 1000 deutschen Kriegsgefangenen von Japan nach Hamburg abgefahren ist. Der Dampfer dürfte in der ersten Hälfte des Monats März in Hamburg zu erwarten sein.

° **Heimkehrer aus Odessa.** Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Am 5. Januar traf in Brunsbüttel der Dampfer „Arta" ein, der, von Odessa kommend, aus dem Militärlazarett Tiflis drei Offiziere, einen Oberarzt, einen Militärpfarrer, zwei Sanitätsunteroffiziere und 189 Mannschaften heimgeführt hat. An Bord befanden sich außerdem 205 Zivilpersonen.

Auslands-Rundschau.

+ **Die elsässischen Rekruten.** Das „Petit Journal" veröffentlichte einen Artikel des Elsässers Emile Hinzelin, in dem gesagt wird, daß die 11 000 elsässischen und lothringischen Rekruten der Jahresklasse 1919 für den 25. Januar einberufen seien. Sie würden ihren Dienst im Innern Frankreichs verrichten. Der Oberkommissar für Elsaß-Lothringen, Millerand, habe empfohlen, man solle diese Soldaten nicht Boches schimpfen, denn dieses Wort könne Verwicklungen schaffen, aus denen der Feind die größten Vorteile ziehen könne. Nach einem anderen Blatt ist die Einberufung der Klasse 1919 bis nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aufgehoben.

+ **Wie sie Oesterreich helfen.** Aus Paris wird gemeldet: Loucheur machte dem Obersten Rat eine Mitteilung, nach der die Versorgung von Oesterreich nur bis zum 31. Januar gesichert sei. Staatskanzler Renner hatte anläßlich seines Besuches in Paris diese drohende Gefahr angekündigt, und die alliierten Regierungen hatten das Hilfsmittel gefunden, umgehend Nahrungsmittel für die nächsten Monate nach Oesterreich zu dirigieren. Aber die Entsendung dieser Nahrungsmittel war von der Zahlung in Dollar abhängig, und es besteht keine Möglichkeit für Frankreich, Großbritannien und Italien, sich zurzeit Zahlungsmittel in Dollar zu verschaffen. Oesterreich hatte für Lebensmittel und um sich zu reorganisieren, für die Zeit bis zum Oktober um ein Darlehn von hundert Millionen Dollar gebeten. Die alliierten Regierungen haben dieses Gesuch nach Washington weitergeleitet, haben aber bis jetzt von dort keine Antwort erhalten.

+ **Churchill über England und Deutschland.** Der englische Politiker Winston Churchill äußerte sich kürzlich in einer längeren Rede über das künftige Verhältnis Englands zu Deutschland in bemerkenswerten Worten. Er sagte u. a.: Welche Gefühle auch die Engländer hätten, die Dienste eines großen Teils der fähigsten und fleißigsten menschlichen Rasse könne man nicht entbehren. Man müsse aufpassen, daß man sich nicht durch Deutschland irreführen lasse, dürfe es jedoch auch nicht zum äußersten treiben. Wenn Frankreich bereit sei, mit Deutschland Handel zu treiben, so dürften die Engländer nicht beiseite stehen. England müsse dafür sorgen, daß es seinen Anteil am deutschen Markte der vor dem Kriege von so unermeßlichem Interesse für die Wohlfahrt Englands gewesen sei, nicht verliert.

+ **Spanische Stimmen zur Auslieferungsfrage.** Das Madrider Blatt „ABC" kommentiert die Frage der Auslieferung der nach Ansicht der Entente „schuldbeladenen" Deutschen und fragt, ob man Männer, die ihr Vaterland verteidigt und zu Lande, zu Wasser und in den Lüften tausendmal in Erfüllung ihrer Pflicht dem Tode getrotzt hätten, als „schuldig" bezeichnen könne. Wenn Deutschland auch im Friedensvertrag die Auslieferung dieser „Schuldigen" theoretisch hätte annehmen müssen, so müsse jetzt in der Praxis das deutsche Volk darauf bestehen, daß, wenn es sich um „Schuldige" handle, die ganzen 60 Millionen Deutsche sich als schuldig erklären und ausgeliefert werden müßten.

+ **Italien gegen die Auslieferung.** Die „B. Z." läßt sich aus Rom berichten: Bekanntlich hat die italienische Regierung seinerzeit auf der Pariser Konferenz gegen die Forderung der Auslieferung der Deutschen gesprochen. Es widerspreche der Rechtsüberlieferung, daß Ankläger die Richter würden. Wie man hierzu erfährt, hat Italien für sich keine Auslieferung von Deutschen verlangt.

+ **Revolutionäre Unruhen in Bulgarien.** Schweizer Zeitungen melden, daß die letzten Unruhen in Sofia königsfeindlichen und republikanischen Gepräges waren. Ungefähr 40 000 Menschen nahmen an der Kundgebung teil und riefen: „Nieder mit dem König! Es lebe die Republik!" Als man das Königliche Palais angreifen wollte, griffen Soldaten ein. Die Truppen wurden mit Revolverschüssen und Steinwürfen empfangen, zahlreiche Personen wurden schwer verletzt. Die Zahl der Toten ist noch nicht bekannt.

Amerikanischer Kredit für die Wiederherstellung Europas.

Paris, 6. Jan. Nach Meldungen aus London wird der Vertreter Englands für Finanzfragen, Sir John Paish, der jetzt in Amerika angekommen ist, tatsächlich einen Kredit von 280 Milliarden Franks für die Wiederherstellung des Gleichgewichts in Europa verlangen. Er schlägt vor, 4prozentige und mit 1 Prozent zu amortisierende internationale Obligationen auszugeben. Die Rückzahlung Anleihe soll in 10 Jahren erfolgen. Paish glaubt, England werde eine Garantie in Höhe von 40 Milliarden leisten. 80 Milliarden von dieser Anleihe sollen für den Ankauf von Rohmaterialien verwendet werden, 80 Milliarden für den Wiederaufbau der verwüsteten Gegenden und der Rest soll dazu dienen, die ausländischen Anleihen zurück zu vergüten. Paish ist der Meinung, daß die von ihm vorgeschlagene Operation automatisch den normalen Stand des Wechselkurses wieder herstellen werde.

Die ungeheuren Kriegsopfer Deutschlands.

Berlin, 6. Jan. Der „Vorwärts" veröffentlicht eine Uebersicht über die deutschen Kriegsverluste. Danach betragen die Verluste des Heeres insgesamt 1 718 246, davon 1 655 553 Mannschaften und 62 693 Offiziere. Verwundete: 4 234 107, hiernunter 116 015 Offiziere. Gefangene und Vermißte: 1 073 616, davon 1 050 515 Mannschaften und 23 104 Offiziere. Gesamtverlust des Heeres: 7 025 972. Die Verluste der Marine betragen: Tote: 24 112 Mannschaften und Unteroffiziere; Verwundete: 29 830 Gefangene: 11 654 zusammen mit den in neutralen Ländern und in Krankenhäusern Gestorbenen: 78 342.

Beschaffung von Lebensmitteln.

1 Milliarde zur Senkung der Lebensmittelpreise.

Von Berlin wird gemeldet: Auch für das erste Vierteljahr 1920 sind Reichsmittel im Betrage von über 1 Milliarde Mark für die Senkung der Lebensmittelpreise bereitgestellt.

Ungeheure brasilianische Liebesgabensendung nach Europa.

Buenos Aires, 5. Jan. Der Domenausschuß für die Unterstützung der bedürftigen Frauen und Kinder Deutschlands und Oesterreichs hat 332 640 Pakete an den Vorsitzenden der evangelischen Kirche in Berlin, und ebensoviele an den Erzbischof von Köln, sowie 616 000 Pakete an den Erzbischof von Wien gesandt, deren Inhalte an die Bedürftigen verteilt werden soll.

Ein Dampfer mit 300 Fahrgästen gesunken.

Liverpool, 5. Jan. Seit dem 23. November v. J. fehlt jede Nachricht von dem britischen Dampfer „City of Kalkutta, der überfällige Dampfer hatte 300 Fahrgäste an Bord.

Aufnahme des Passagierdienstes zwischen Hamburg und New York.

Hamburg, 5. Jan. Hier traf der Vizepräsident der Amerika-Linie Mr. J. J. Mc. Gine ein. Die Amerika-Linie wird einen 14-Tagedienst nach Hamburg mit den 20 000 Tonnen-Dampfern „Mardschuria", „Mongolia" einrichten, die 10 000 Tonnen Frachtgut laden und 1400 Zwischendeckspassagiere mitnehmen. „Mardschuria" geht am 28. Jan. nach New York ab.

Provinz und Nachbarstaaten.

Teuchern, den 7. Januar 1919.

— In der Stadt Teuchern sind im Jahre 1919 136 Kinder geboren, 82 Paare getraut und 114 Personen verstorben. Im Standesamtsbezirk Teuchern Land sind 114 Kinder geboren, 62 Paare getraut und 82 Personen verstorben.

— **Warnung!** Bisher blieben Händler beim Ueberschreiten der Erzeugerhöchstpreise meistens straflos denn das die Strafbarkeit bedingende Handeln war schwer nachweisbar. Mit der neuen Schleichhandelsverordnung ist dies anders geworden. Nunmehr wird, sofern der Erwerb der Ware zum Zweck der Veräußerung mit Gewinn erfolgt ist, und dieses ist bei jedem Ankaufe seitens eines Händlers anzunehmen, die Uebertretung der Preise mit Gefängnis, in schweren Fällen sogar mit Zuchthaus bestraft. Zuständig sind die Wuchergerichte.

— **Gegen die Mißstände im Paketverkehr.** In einer Verfügung an die unteren Postbehörden wendet sich der Reichspostminister gegen die Mißstände im Paketpostverkehr, daß die Laderäume der Eisenbahnpostwagen wegen verzögerter Sortierung nicht genügend ausgenutzt werden, die Pakete auf den Bahnsteigen oft unbeaufsichtigt oder im Regen liegen und bei der Verladung schlecht behandelt werden. In der Verfügung wird nun auf die restlose Ausnutzung der Bahrpost- und Sackwagen, das rechtzeitige Sortieren und die schonende Behandlung der Pakete gedrungen; Hilfskräfte, die mit den Leitbestimmungen nicht vertraut sind, sollen im Sortierdienst nicht mehr verwendet, Ordnungswidrigkeiten mit Nachdruck verfolgt werden.

Gera, 4. Jan. Ueber die Verhaftung jener Scheckschwindler, die anfangs Dezember hier aufgetreten waren und größere Einkäufe besorgt hatten, die sie mittels Schecks bezahlen wollten, wird noch mitgeteilt: Drei der gefährlichen Betrüger, und zwar der 19 Jahre alte Kaufmann Vogel aus Greiz, der Handlungsgehilfe Schilbach und Kunstmaler Gerzon aus Dresden sind festgenommen worden. Der vierte Schwindler, ein junger Kaufmann namens Hermann aus Greiz, konnte bisher noch nicht ermittelt werden. Vogel und Hermann hat ieben in Greiz unter der Firma Hermann und Vogel ein Kleiderstoffgeschäft, zu dessen Betrieb die erschwindelten Waren eine gute Kapitalanlage geboten hätten. In Gera haben die sauberen Gesellen eine Geschäftsinhaberin mit 10 000 Mk. geschädigt, während es in zwei anderen Fällen, wo es sich um Posten von 21 000 Mk. und 38000 Mk. handelte, bei dem Versuch geblieben ist. Dafür ist es den Gegner gelungen, in Reichenbach i. V. auf gleiche Weise eine Händlerin um 7000 Mk. zu schädigen.

Halle a. S. Die Verstadtlichung der Wurstbereitung in Halle war der Gegenstand einer wichtigen Sitzung im Sozialisierungsausschuß der Stadtverordneten. Der Verband der Fleischergesellen verlangt die Wurstbereitung in städtische Regie zu nehmen, während die Fleischerinnung die Wiederherstellung der freien Wirtschaft verlangt. Mit 10 gegen 8 bürgerliche Stimmen wurde der Antrag, die Wurstbereitung in städtische Regie zu übernehmen, angenommen.

Halle, 5. Jan. Der Sozialisierungsausschuß beschloß die grundsätzliche Uebernahme der Lichtspielhäuser in städtische Regie. An die Staatsregierung soll eine Eingabe gerichtet werden, um baldige Verabschiedung eines Sozialisierungsgesetzes, damit eine gesetzliche Grundlage für die Sozialisierung des Kinos und ähnlicher Unternehmungen gewonnen werden kann. — Die Stadt Halle wird demnächst ihre Lustbarkeitssteuersätze beträchtlich erhöhen, um dem Stadtsäckel aus den zahlreichen Lustbarkeits-Theater- und Kinovorführungen mehrere 100 000 Mk. neue Einnahmen zuzuführen.

Camburg, 4. Jan. Ueber die Zustände bei der Eisenbahn wird dem hiesigen Tageblatt geschrieben: „In den letzten Wochen mußte ich geschäftlich reisen, immer mußten wir frieren. Auf den Strecken Chemnitz—Breslau, Naumburg—Dessau, Erfurt—Hof waren nur die ersten beiden Wagen oder gar kein Wagen geheizt. Auf der Strecke Hof gab sich das Personal alle Mühe, Dampf in die Leitung zu bekommen, aber umsonst; es blieb eben kalt. Auf meine Frage an was es liege, wurde mir zur Antwort gegeben: „Die Leitung ist abgefroren." Ich entgegnete, warum denn an den Endstationen die Entleerungshähne nicht geöffnet

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119200108-16/fragment/page=0002

werden, damit das Kondenswasser abfließen könne. Ich bekam zur Antwort: „Ja, wer soll denn das machen?“ Dasselbe Gespräch habe ich mit dem Zugpersonal in Leipzig geführt. Auf verschiedenen Stationen steht die Lokomotive 1/4 bis 1/2 Stunde vor dem Zug und faucht und pustet den Ueberdruck zum Schornstein hinaus, aber in die Dampfheizung kommt kein Dampf. Würde in einem Privatbetrieb der Dampf zum Dache hinausgejagt und die Arbeiter müßten in der Fabrik frieren, da würde keiner arbeiten. Muß sich das reisende Publikum für die drei- bis vierfach erhöhten Fahrpreise alles bieten lassen? Hat der Reisende nur Pflichten und keine Rechte? Um die Entleerungsventile zu öffnen, hat ein Mann etwa 10 Minuten Arbeit. Dieser eine Mann ist nicht da und dafür müssen Reisende stundenlang frieren und krank werden. Solche Zustände müssen abgeschafft werden.

Neuhaldensleben, 5. Jan. Im Alter von 103 Jahren, 2 Monaten 14 Tagen ist hier Fräulein Auguste Müller gestorben. Noch bis in den Herbst hinein konnte sie allein Spaziergänge unternehmen.

Vermischtes.

Die Hausbesitzer gegen die Höchstmieten. Die Berliner Haus- und Grundbesitzer hielten eine Protestversammlung gegen die Verordnung über die Festsetzung von Höchstmieten ab. Der Versammlung, die von mehreren tausend Hausbesitzern besucht war, wohnten auch Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, des Reichsjustizministeriums und des Magistrats Berlin, sowie verschiedener Vorortgemeinden bei. Stadtverordneter Ladendorf übte eine scharfe Kritik an der Verordnung und ihren Ausführungsbestimmungen. An der Hand einer Hauslastentabelle legte der Redner dar, daß die Steigerung der öffentlichen Abgaben und die Erhöhung der Ausgaben für die laufenden Hausunterhaltungskosten schon allein eine Erhöhung der Friedensmieten um 45 Prozent bedingen, während die Mietserhöhung sogar 74 Prozent des Friedensmietpreises betragen müßte. Man nahm zum Schluß eine Entschließung an, in der u. a. gesagt wurde: Die Festsetzung der Höchstgrenze der Mietssteigerungen von 15 bis 20 Prozent auf die Friedenspreise wird praktisch nur dann durchführbar sein, wenn zahlreiche Existenzen zahlungsfähiger Hausbesitzer wirtschaftlich vernichtet werden. Sollten Gerichte die neuen verfassungswidrigen Vorschriften für rechtsgültig erklären, so werden die Hauswirte unter dem ihnen auferlegten Zwang, der ihnen in grausamer Härte die notwendigen Bedingungen ihres Daseins nimmt, ihre Zahlungen, insbesondere auch der öffentlichen Abgaben einstellen müssen. Dies wird nicht nur zu einer Zerrüttung der städtischen Finanzen, sondern gleichzeitig zu einem Verfall der Häuser und damit zu einer Verwahrlosung des gesamten Wohnungswesens führen. Die organisierten Hausbesitzer, die den Wohlfahrtsminister auf die schweren Gefahren, die er durch die Maßnahmen heraufbeschwört rechtzeitig und ernst hingewiesen haben, lehnen aus diesem Grunde jede Verantwortung für die entstehenden Folgen ab.

Ein Geheimschriftendiebstahl und sein Opfer. Ein Angestellter, ein Chemiker der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen, hat sich mit Zyankali vergiftet. Aus seinem Büro war ein Dokument gestohlen worden, das die genauen Angaben über Herstellung von Bittermandelöl enthielt. Die Nachforschungen ergaben, daß ein Angestellter jenes wichtige Geheimdokument entwendet und an die Franzosen verkauft hatte. Er ist verhaftet. In der schwebenden Untersuchung sollte auch jener Chemiker als Zeuge vernommen werden.

= **Niederländische Hilfe für deutsche Kinder.** Wie das holländische „Korrespondenzbüro“ meldet, wird Mitte Januar, wahrscheinlich am 12., ein Extrazug für die unterernährten deutschen Kinder aus den Niederlanden nach Thüringen abgehen. Der Prinz der Niederlande wird in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des niederländischen Roten Kreuzes den Zug begleiten.

= **Wiederaufnahme des Luftverkehrs.** Um die wirtschaftlich schwer darniederliegenden deutschen Luftreedereien zu unterstützen, hat das Reichsluftamt die Zuweisung einer ausreichenden Menge von Benzin und anderen Betriebsstoffen an die Luftreedereien im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsamt und dem Landeswirtschaftsministerium verfügt. Die Aufnahme des Verkehrs im Inland erfolgt beim Eintreten ruhiger Witterung. Mit der Aufnahme des Luftverkehrs nach Skandinavien ist in den nächsten Tagen zu rechnen.

Standesamtliche Nachrichten von Teuchern.
im Monat Dezember 1919 von dem Standesamtsbezirk Teuchern (Stadt)

Geboren wurden 12 Mädchen und 11 Knaben.

Verheiratet haben sich 11 Paare.

Gestorben:

1. Der Rentier Wilhelm Robert Nöckel 79 Jahre alt. 2. Der Arbeiter - Invalid Ernst Näther 80 Jahre alt. 3. Ein totgeborner Sohn. 4. Die verehelichte Invalid Henriette Wilsdorf geb. Fleischer 70 Jahre alt. 5. Der Privatmann Gustav Hermann Pilling 71 Jahre alt.

Zwischen Haß und Liebe.

Roman von Erich Ebenstein.

Fortsetzung (Nachdruck verboten)

Ich finde es immerhin auffallend, daß er sein Haus seit zwei Tagen nicht verläßt. Was ist er sonst für ein Mensch?“

„Nun, ein Kirchenlicht nicht, wie ich schon sagte. Im Übrigen ein wenig Sonderling, nervös, überspannt, gar nicht beliebt bei der Dienerschaft.“

„Konnten Sie etwas über sein Vorleben erfahren?“

„Nichts weiter, als was ich bereits meldete. Er gilt als Streber und Neidhammel, ist immer unzufrieden gewesen und besitzt keinen einzigen wirklichen Freund. Ich bin übrigens überzeugt, daß er der Mann ist, den wir suchen. Er hat etwas Scheues in seinem Blick, besonders seit ein paar Tagen, nämlich seit er dunkel ahnt, daß man ihn beobachtet.“

„Wie war es damals mit seiner Abreise am Morgen des 11. November? Haben Sie darüber etwas Besonderes erfahren?“

„Nein. Er fuhr mit dem Morgenzug um sechs Uhr nach Wien. Die Nacht vorher verbrachte er allein in der Villa, denn er hatte die Leute fast mit Gewalt zu einer Unterhaltung geschickt, die irgendwo stattfand. Er gab vor, endlich einmal völlig ungestört schlafen zu wollen — seit einiger Zeit litt er nämlich an Schlaflosigkeit —, man hat dann aber trotzdem die ganze Nacht über Licht in seinem Zimmer gesehen. Als er den Bahnhof betrat, trug er eine Handtasche. Er traf dort zufällig mit einem Bekannten zusammen, der dann die Reise nach Wien mit ihm in demselben Abteil machte . . .“

„Wissen Sie, wie dieser Herr heißt?“

„Jawohl, der Stationsvorstand kennt ihn sehr gut. Ein Herr von Buchlau —“

„Buchlau?!“ Meixner schrie es fast und packte seinen Kollegen erregt am Arm. „Unmöglich! Sie müssen falsch gehört haben!“

„Mein Gott, was haben Sie denn? Warum soll es denn unmöglich sein? Der Stationsvorstand kennt doch Herrn Buchlau und erinnert sich sehr wohl jenes Morgens am 11. November.“

„Aber der Portier des Hotels, in dem Buchlau wohnte, bekannte auf das bestimmteste, Buchlau habe sein Zimmer vom 10. abends bis 14. früh nur auf Minuten verlassen!“

„Oh, oh! sollten wir es hier noch mit einem Mitschuldigen zu tun haben? Was meinen Sie, Herr Meixner?“

Meixner antwortete nicht. Seine Nerven besanden sich in höchster Erregung, sein Hirn arbeitete fieberhaft. Buchlau und Bisenius kannten einander also! Ersterer hatte sich heimlich nach Wien begeben. Wozu? Warum so heimlich, daß es sogar dem Portier entgangen war? Und an demselben Tage waren in Wien die Giftsendungen zur Post gegeben worden! Hielt man alles zusammen, so kamen die Tatsachen fast einem Schuldbeweis gleich.

„Was haben Sie weiter über das Verhalten der beiden ermittelt?“ wandte er sich endlich wieder an den Polizisten. „Blieben sie nach der Ankunft in Wien zusammen? Wohin gingen sie? Was taten sie?“

„Ich habe mich nur um die Schritte des Barons gekümmert, Herr Meixner! Dabei erfuhr ich, daß Bisenius nach seiner Ankunft in Wien einen Wagen nahm und allein in seine Wohnung fuhr. Dort blieb er bis abends, ohne mit jemand zusammenzutreffen. Mit der Sechsuhrpost erhielt er die Giftpillen, die er anfangs nicht zu beachten schien. Um acht Uhr speiste er mit Freunden bei Sacher und kehrte gegen elf Uhr heim. Am nächsten Morgen fühlte er sich angeblich unwohl, ließ sich krank melden und blieb bis zehn Uhr zu Bett. Um zwölf Uhr aß er mit einigen Kollegen im Stephanskeller, wobei Herr von Diemler der Giftsendungen erwähnte. Von diesem Morgen an war Bisenius ein anderer Mensch. Krankheit aufgebracht, ruhelos, scheu. Er nahm Urlaub. Bald war er in Baden, bald in Wien —“

„Gut, gut, das interessiert mich nun nicht. Sagen Sie mir lieber, ob Sie bei ihren Nachforschungen nicht auf einen kleinen schwächlichen Franzosen stießen, mit dem Bisenius in Verbindung stand?“

„Einen Franzosen? . Warten Sie mal . . . mir ist, als ob jemand von der Dienerschaft hier mir erzählt hätte . . . halt, ich hab's! Jawohl, ein Franzose war als Obergärtner in der Villa Luisa angestellt, wurde aber zu Anfang des Monats wegen Unregelmäßigkeiten plötzlich entlassen. „Aha! Wie hieß er?“

„Darum kümmerte ich mich nicht. Die Leute nannten ihn nur „den Franzosen“. Übrigens war er nur zwei Monate im Hause. Ich hätte gar nichts erfahren über ihn, wenn er nicht seine Effekten gerade am 10. November abends aus der Villa abgeholt hätte und dabei unverschämterweise eine Unterredung mit dem jungen Baron verlangt hätte, worüber dieser erst sehr aufgebracht gewesen sein soll, ihn aber dann doch vorließ.“

„Was ist aus ihm geworden?“

„Wie soll ich das wissen? Überhaupt begreife ich nicht..“

Meixner klopfte ihm auf die Achsel.

„Das ist auch nicht nötig, mein Lieber! Aber ich muß unbedingt wissen, wie er heißt und wohin er gekommen ist. Irgend jemand von der Dienerschaft wird es vielleicht wissen. Und merken Sie wohl, Wiesler: auch der geringste Umstand ist da von höchster Wichtigkeit!“

Damit ließ er den Verblüfften stehen und begab sich in den „Grünen Baum“ zurück.

Auch der Portier sagte, als Meixner ihm von der Reise Buchlaus nach Wien erzählte, zuerst: „Unmöglich!“

Später gab er kleinlaut zu, daß er etwas vor sechs Uhr sich eine Viertelstunde in der Küche aufhielt, um zu frühstücken. Auch das Stubenmädchen befand sich zur selben Zeit in der Küche. Buchlau hatte ihr befohlen, ihn am nächsten Morgen nicht zu stören, da er von der Reise ermüdet und länger schlafen wolle. Beide hatten ihn dann erst gegen zwölf Uhr, und zwar zugleich erblickt, als er aus dem Gegenüberliegenden Telegraphenamt trat. Sie waren der Meinung, er habe den ganzen Vormittag in seinem Zimmer verschlafen und eben erst einen Sprung ins Postgebäude hinüber gemacht. Wer sollte auch denken, daß er inzwischen in Wien war?

Bekanntmachung

betreffend Prämien auf Lieferung v. Brotgetreide

Für Brotgetreide und Gerste aus der Ernte 1919 werden dem Erzeuger, wenn er 70 vom Hundert seiner Mindestablieferungsschuldigkeit erfüllt hat, für jeden Zentner der von ihm nach den Vorschriften der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 abgelieferten Gesamtmenge an Brotgetreide oder Gerste folgende Prämien gezahlt:

Bei einer Ablieferung von wenigstens

70	vom Hundert seiner Mindestablieferungsschuldigkeit	2 Mk.
80	„ „ „ „	4 „
90	„ „ „ „	6 „
95	„ „ „ „	8 „
100	„ „ „ „	10 „
105	„ „ „ „	12,50 „
110	„ „ „ „	15,00 „

Die Berechnung der Prämien erfolgt für Brotgetreide und für Gerste gesondert. Zahlung der Prämien erfolgt jeweils rückwirkend für jeden Zentner der überhaupt abgelieferten Gesamtmenge.

Weißenfels, den 2. Januar 1919.

Vorsitzender des Kreisausschusses.

Getreide und Mehlstelle. J. V.: v. Preuschen, Reg.-Ass.

Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 11 und 17 der Bundesratsverordnung vom 18. Juli 1918 (R.-G.-Bl.-S. 738) in Verbindung mit § 13 der Bundesratsverordnung vom 25. Sept. 1915 (R. G. Bl. S. 607) in der Fassung der Novelle vom 4. September 1915 (R.-G.-Bl. S. 728) wird hierdurch für den Umfang des Kreises Weißenfels folgendes angeordnet:

§ 1.

Jeder Kartoffelerzeuger hat bis zum 20. Januar 1920 dem zuständigen Gemeinde- (Guts-) Vorsteher die genaue Anzahl seiner Kartoffelmieten und die Länge jeder einzelnen von ihnen, unter Angabe der Lage, anzuzeigen.

§ 2.

Die Gemeinde- (Guts-) Vorsteher tragen das gemeldete Ergebnis in eine von der Kreiskartoffelstelle übersandte Liste. Die Rückgabe dieser Liste hat bis spätestens 1. Februar 1920 an die Kreiskartoffelstelle zu erfolgen.

§ 3.

Veränderungen des angemeldeten Bestandes an Kartoffelmieten (§ 1) hat der Eigentümer dem zuständigen Gemeinde (Guts-) Vorsteher und dieser wieder der Kreiskartoffelstelle jedesmal binnen drei Tagen anzuzeigen.

§ 4.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung gemäß § 17 der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 (R.-G.-Bl. S. 607), soweit nicht die Strafvorschriften des § 18 der Bundesratsverordnung vom 18. Juli 1918 (R.-G.-Bl. S. 738) Platz greifen. Außerdem verfallen nicht angemeldete Kartoffelmieten dem Kommunalverband ohne Zahlung einer Entschädigung.

Weißenfels, den 22 Dezember 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

J. V. v. Preuschen, Reg.-Assessor.

Veröffentlicht mit dem Hinzufügen, daß die im § 1 angeordneten Meldungen bis zum 20. Januar 1920 im Stadtsekretariat zu erstatten sind.

Teuchern, den 6. Januar 1920.

Der Magistrat. Zimmermann

Lebensmittelmarken.

Am **Freitag, den 9.** d. Mts. nachmittags von 2—3 Uhr werden in den Bezirksstellen die **Fleischkarten** für die Zeit vom 12. Januar bis 8. Februar 1920 ausgegeben.

Teuchern, den 7. Januar 1920.

Der Magistrat. Zimmermann.

Volkshochschule.

Lehrgang für **Gesundheitslehre.** Die nächste Vorlesung kann erst Freitag, den 16. Januar abends 8 Uhr stattfinden.

Besserer junger Mann sucht per 15. 1. **gut möbliertes Zimmer**

Angeb. u. „B. 447“ an die Exped. d. Bl.

Wohnung

für sofort von jungen Ehepaar gesucht.

Zu erfragen i. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Junge Leute

suchen für sofort oder später

Stube u. Kammer

Zu erfragen Gartenstr. 8a, part. links.

Junges Ehepaar sucht für sofort oder 1. 4. 20.

Stube, Kammer und Küche.

Angeb. unter **Nr. 82** an d. Exp. d. Wochenbl.

Ein noch fast neuer

Gehrock-Anzug

ist zu verkaufen.

Wo, sagt d. Geschäftsstelle d. Blattes.

Schlachtkaninchen

zu verkaufen

Zeitzerstr. 24.

Vereinigt. Turnverein D. T. E. V.

Monatsversammlung

im Norddeutschen Hof.

Donnerstag, den 8. Januar abends 8 Uhr.

Tagesordnung:

1. Wahlen der Vertreter zum Gauturntage.
2. Vorbereitung der Ersatzwahlen zum Turnrat.
3. Einziehung der rückständigen Beiträge und ihre Erhöhung 1920.
4. Veranstaltungen des Vereins 1920.
5. Beschädigung von Bock und Pferd.
6. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch bittet **der Turnrat.**

Ein schwarzes

Konfirmandenkleid

gute Stoffe und verschiedene **andere Sachen** zu verkaufen.

Zu erfragen i. d. Exped. d. Blattes

Zwei Hähne

zur Zucht (rebhuhnfarbige Italiener) hat abzugeben

Reinhold,

Grube Siegfried b. Trebnitz

Miet- und Pacht-Verträge

empfiehlt **Otto Lieferenz.**

Bin unter Nr. 280 an das hiesige Fernsprechnetz angeschlossen.

F. Worch, Handelsgärtner.

Moderne Schlafzimmer-Einrichtung

sowie eine

Plüsch-Garnitur

und andere gut erhaltene

Möbelstücke

verkauft **J. Wagner,** Gasthof zur Sonne, Teuchern.

Daselbst ist ein fast neuer

Krankenfahrstuhl

zum Sitzen und Liegen mit Gummibereifung zu verkaufen.

Ein Paar gelbe

Damenschnürschuhe

Nr. 38 zu verkaufen

Untermberge 20.

Ein Kinderwagen

ist zu verkaufen

Bahnhof. Nessaerweg 2.

Dünger

kauft **Rich. Bühring.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119200108-16/fragment/page=0003

Weinbrand-Cognac

empfiehlt

R. Näther.

Sonnabend, den 10. d. M.

erhalten wir

belgische Pferde

schweren und leichten Schlages

H. Reifert u. Sohn

Freyburg (Unstrut)

Fernsprecher 7.

Oehler's Kakao

in 1/4 und 1/2 Pfund-Paketen

Oehler's Speise-Schokolade

in Tafeln

Frucht- und Kräuter-Bonbons

empfiehlt

R. Näther.

Gebrauchte, wenn auch defekte

Dreschmaschinen-Göpel

sofort zu kaufen gesucht

Telefon 335

Joh. Simon
Maschinenfabrik.

Arbeitsnachweis Teuchern

Gesucht:
2 Monteure, Knechte, Mägde, Kleinknechte.

Angeboten:
Arbeiter und Arbeiterinnen.

Zwei Mädchen

aufs Land sofort gesucht bei hohem Lohn. Zu erfragen bei **Frau Lange, Dammstr. 2**

Eine unabhängige

Frau

nicht unter 40 Jahren als **Wirtschafterin** gesucht.

Zu erfragen i. d. Geschäftsstelle d. Blattes.

Daselbst sind auch **Hausschuhe** aus Militärtuch mit Lederbohlen billig zu verkaufen.

Alleinstehender Mann

vom Lande, ledig, solid und strebsam mit Vermögen, 50 Jahr, möchte sich **verheiraten** mit Frau im Alter von 35 bis 50 Jahren.

Erheirat in kl. Landwirtschaft, Gasthof oder Geschäft bevorzugt.

Angeb. u. **V. 64** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Die Verlobung mit **Frieda Hupfer** nehme ich zurück!
Weil sie so ist.

Meine Verlobung mit Otto Grunert erkläre ich hiermit für aufgehoben.

Frieda Hupfer.

Gasthof Kistritz.

Sonntag, den 11. Jan.

Kränzchen

des Gesangverein Concordia.

Es laden ergebenst ein
der Vorstand, der Wirt.

Glückauf im neuen Jahr!

Grosse Geld-Lotterie

zur Wiederherstellung des Münsters in Ueberlingen a B.

Ziehung

bestimmt am 15. u. 16. Jan. Genehmigt in Baden, Bayern, Württemberg, Hessen, Hamburg, Sachsen und Preussen.

Gewinn-Kapital		**155 000 Mk.**
Hauptgewinne		**60 000 „**
		20 000 „
		10 000 „
		5 000 „
		usw.

bar ohne Abzug.

Originallose versende in jeder Anzahl zum Preise von Mk. **3.**— gegen Voreinsendung oder gegen Nachnahme Porto und Liste **45** Pfg. mehr. Sofort. Best. erb.

Hauptlose-Verlag.
Wilh. Matthews,
Hamburg 23.

Holzbildhauer-Lehrling

wird gesucht.

Näheres beim Tischlermeistr.
Ernst Meißner,
Teuchern.

Schutzmarke

Hausfrauen!

Es gibt wieder **Schuhputz**

Nigrin

„Friedensware aus reinem Terpentinöl, die sofortigen Hochglanz gibt.

Diese Dosen sind am Banderol erkenntlich.

Lichtspiele „Weisse Wand."

Nur 2 Tage! **Nur 2 Tage!**

Donnerstag, den 8. und Freitag, den 9. Januar

Reinhold Schünzel

der gegenwärtig größte Filmschauspieler Deutschlands in

Die Prostitution

2. Teil

Die sich verkaufen.

6 wuchtige Akte von Richard Oswald

In den weiteren Rollen Konrad Veidt, Käja v. Sievers, Gertrud Hoffmann. — Nur getrennte Vorführungen 6 und 8 Uhr. **Singemäße Musikbegleitung.**

Dieser 2. Teil „Die Prostitution" ist inhaltlich ganz besonders dezent aufgebaut und hat mit dem bereits gezeigten 1. Teil nichts gemein.

Gasthof z. „grünen Baum"

Am **Sonntag, d. 11. Januar** veranstaltet die Ortsgruppe Teuchern des Arb. Radfahrerbundes „Solidarität"

Grossen

Masken-Ball

Anfang nachm. 3 Uhr

Einlass der Masken 6 Uhr.

Die zwei schönsten Damen- u. Herren-Masken, sowie der beste Harlekin erhalten wertvolle Preise.

Karten im Vorverkauf bei den Sportgenossen Richard Kaack, Zeitzerstr., Otto Wagner, Verbindungsstr. und Julius von Nessen, Gartenstr.

Hierzu ladet freundlichst ein
Die Kommission.

Sung! Schortau! Sung!

Geselligkeits-Club „Weisse Aster"

Sonntag, den 11. Januar

grosser Maskenball

Die beste Damen- und Herrenmaske sowie der schneidigste Harlekin werden prämiert.

Anfang 4 Uhr. **Einlaß der Masken 6 1/2 Uhr**

Freundlichst laden ein
Der Wirt. **Der Club.**

Gasthof Krössuln!

Sonntag, den 11. und Montag, den 12. Januar
von Nachmittag 4 Uhr ab

gr. Preisskatturnier

Alle Skater sind hierzu eingeladen. Um recht starke Beteiligung bittet

A. Walther, Gastwirt.

1000 Mark Belohnung!

zahle ich demjenigen, der mir nachweist, daß in meiner Waschanstalt zur Reinigung der Wäsche

„CHLOR"

verwandt wird. Nur die langjährige fachmännische Erfahrung auf dem Gebiete der Wäscherei bürgt für gute sorgfältige Behandlung der mir anvertrauten Haus- und Leibwäsche.

Ich verarbeite nur erstklassiges Material der Firmen Henkel & Co., Düsseldorf u. Firma Luhn & Co., Barmen-R. welches mir vom Kommunal-Verband Weißenfels für meine Wäscherei zugewiesen wird. Ich bitte die werten Bewohner nur einen Versuch zu machen. Auch bin ich in Färbsachen ebenso leistungsfähig wie andere Wäscherein.

Ich bitte mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Waschanstalt „Edelweiß"
Inh. Paul Makowski
Teuchern, Bahnstr. 18.

Feinsten geräucherten

Aal

empfiehlt

Ferd. Greffe.

W. Billes Theater

Schützenloge
des Herrn Schindler
Freitag, d. 9. Januar 20
wird aufgeführt

Der Dudelsackpfeifer

oder

Der wilde Herzog.

Romantisches Schauspiel in 5 Akten und einem Vorspiel in 2 Akten.

Der Findling.

Es laden hierzu freundlichst ein
W. Bille. **C. Schindler.**

Gasthof Runthal.

Gr. Thealerabend.

Freitag, d. 9. d Mts.
abends 8 Uhr

Großer

Lustspiel-Abend

Es war einmal

in 5 Akten.

Nachm. 3 Uhr

Kindervorstellung.

Hänsel u. Gretel

Zaubermärchen in 5 Akten.

Entree 1 Mk. Kinder 50 Pfg.

Es ladet freundlichst ein
Die Direktion.

Wegen Todesfalls ist mein Lokal

Gasthof zur Sonne

am 8. Januar geschlossen

Freitag wieder geöffnet.

R. Wagner.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres entschlafenen Sohnes

Gerhard

sagen inniglsten Dank

Georg Vogt u. Frau.

Runthal, den 6. Januar.

Dank.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben unvergesslichen Sohnes

Otto

können wir nicht unterlassen, allen denen, die den Sarg so reich mit Blumen schmückten und für die reiche Geldspende unsern herzlichsten Dank auszusprechen. Dank auch den werten Trägern, die den Entschlafenen zur letzten Ruhe geleiteten, sowie Herrn Oberfarrer Plagemann für die trostreichen Worte am Grabe. Dies alles hat unsern Herzen wohlgetan.

Hermann Lange u. Frau
nebst Kindern.

Teuchern, d. 7. Januar.

Todesanzeige.

Heute erhielten wir die schmerzliche Nachricht, dass unsre heissgeliebte Tochter

Martha

im Alter von 23 Jahren im Krankenhaus Berlin plötzlich gestorben ist. In unsagbarem Schmerz

Familie Knüpfer.

Infolge eines schweren Nervenschlages ist nach langem, qualvollen Leiden uns meine innigstgeliebte Gattin, unsere gute Mutter und Grossmutter

Frau

Emilie Wagner

geb. Schmidt

entrissen worden.

Durch Arbeit, Fleiss und Edelsinn warst du mir stets ein Vorbild, darum werde ich auch immerhin Dein in Ehren gedenken.

Der schwer betroffene Gatte
Iwan Wagner,
nebst Kindern und Angehörigen.

Teuchern, den 6. Januar 1920.

Gütigst zugedachte Blumenspenden dankend abgelehnt.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme beim Begräbniss meiner lieben Frau, unserer guten Tochter sagen wir auf diesem Wege unseren tiefgefühlten Dank.

Franz Grosse u. Kinder
nebst Eltern Johann Schmidt u. Frau.

Gröben, den 7. Januar 1920.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Lieferenz, Teuchern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119200108-16/fragment/page=0004

Wöchentlicher Anzeiger
für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 25, Reklamezeile 40 Pf.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 2,70 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 3,— Mk und durch den Briefträger 3,15 Mk. Einzel-Nummer 10 Pfg.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 4. | **Donnerstag, den 8. Januar 1920.** | **59. Jahrgang**

Die drei Kaiser.

Das alte brutale Wort „Verlaß dich auf andere so bist du verlassen", gilt nicht nur für gewöhnliche Sterbliche, es gilt auch für die Großen der Erde. Und es hat auch für die Beziehungen unter den drei Kaisern gegolten, die die Kriegs-Revolution vom Throne geworfen hat. Auch nicht einmal feierliche Verträge können die Treue sichern, welche die Voraussetzung wahrer Freundschaft unter den Staaten ist. Italien hat seine Verbündeten Deutschland und Oesterreich verraten, und der Kaiser von Oesterreich hat Deutschland im Frühjahr 1917 verraten, wie seine in Paris veröffentlichten Briefe an den Präsidenten Poincare über den Abschluß eines eventuellen Sonderfriedens dargetan haben. Von diesen Treibereien hinter unserem Rücken haben die deutschen Zeitungen schon während des Krieges Mitteilungen gemacht. Damals hieß es, diese Briefe seien gefälscht gewesen. Heute wissen wir, daß es Wahrheit war. Hinter dem Rücken des verbündeten Deutschland hat der Kaiser Karl von Oesterreich mit der Entente verhandelt, von der Angst getrieben, er könnte seinen Thron verlieren. Er hat diesen Schritt ohne Wissen Deutschlands getan, das um der habsburgischen Monarchie willen in den Weltkrieg eingetreten war. Das bittere Wort „Dank vom Haus Oesterreich!" [illegible] reell war, hat keiner von diesen die Freundschaft gehalten. Nicht der schwache und von Hofschranzen beherrschte Zar Nikolaus, dem er die herzlichsten Briefe geschrieben und mit dem er die Achselschnüre getauscht hatte, noch Kaiser Karl, der von seiner Frau und deren Familie beeinflußte Habsburger, mit dem er auch feierliche Verträge verbunden war. Es kann also wirklich Wunder nehmen, wenn auch die übrigen Potentaten, auf die der letzte Hohenzollernkaiser gerechnet hatte, ihn im Stiche ließen. Es ist so: Wer sich auf andere verläßt, der ist verlassen!

In Mitteilungen aus Amerongen heißt es, der ehemalige deutsche Kaiser spreche fast nur davon, daß er in Deutschland von allen verlassen und verraten worden sei, und daß er nicht daran denke, jemals wieder in die alte Heimat zurückzukehren. Auch das ist eine Wilhelminische Täuschung, er vergißt, daß es seine eigene irrige Beurteilung fremder Fürsten und Verhältnisse für uns unhaltbare Zustände im Kriege herbeigeführt hat. Er hat alle Staatsoberhäupter zu Freunden gewinnen wollen und, als es darauf ankam, keinen von denen behalten, die ihm nützen könnten. Wie er in dem Epileptiker Nikolaus einen weitschauenden Staatsmann zu erblicken vermochte, ist eigentlich unbegreiflich, und es erklärt sich höchstens in seiner Auffassung vom Gottesgnadentum: Wem Gott eine Krone gibt, dem gibt er auch Kraft und Weisheit, sie zu tragen. Mit solchen Anschauungen und Voraussetzungen war aber nicht die Politik eines großen Reiches wie Deutschland zu führen.

Die Justizreform.

In einer Konferenz mit Vertretern der Presse machte der Herr Reichsminister Schiffer Mitteilung über die bevorstehende Justizreform. Es ist vor allem eine Neuordnung der Strafprozeßordnung vorgesehen: Der Minister führte über diese Reform näher aus:

Der größere Einfluß der Laienrichter.

Das wesentlichste Merkmal der Justizreform ist der größere Einfluß, der dem Laienelement bei der Rechtsprechung zugewiesen wird. Die Zahl der Berufsrichter wird vermindert, der Kreis der Schöffen und Geschworenen wird durch Lehrer und vor allem durch Frauen erweitert. Die jetzt bestehende Verfassung der Schöffengerichte wird in Zukunft auch für die Strafkammern Geltung haben. Die Strafkammern beim Landgericht werden sich von nun ab aus zwei Berufsrichtern und drei Laienrichtern zusammensetzen, während früher bei der Strafkammer nur Berufsrichter zugelassen waren. Durch diese neue Besetzung gewinnen die Schöffen eine ganz besondere Bedeutung. Die Zulassung von Frauen ist hauptsächlich wichtig für Delikte, welche von Frauen begangen worden sind, da zu ihrer Aburteilung grundsätzlich nur Schöffinnen zugelassen werden sollen. Ausgeschlossen vom Schöffenamt sollen Lehrer an einklassigen Volksschulen sein.

Der Gang des Verfahrens.

Die Voruntersuchung in Strafsachen bringt eine Verbesserung der Rechtsstellung des Beschuldigten insofern, als ihn der Staatsanwalt vor Erhebung der Anklage anhören muß. Die gerichtliche Voruntersuchung wird grundsätzlich ersetzt durch das Ermittlungsverfahren des Staatsanwaltes. Bei den Zwischenverfahren fällt der Eröffnungsbeschluß weg, bei der Hauptverhandlung wird das Verhör auf andere Grundlagen wie bisher gestellt werden. Die Beschränkung im Verkehr des Angeklagten mit seinem Verteidiger fallen fort, diesem wird auch grundsätzlich Einsicht in die Akten des Staatsanwaltes gestattet. Im einzelnen ist noch zu sagen, daß die Privatklage durch die Eigenklage ersetzt, daß das Sühneverfahren ausgebaut werden wird und künftighin auch beim Strafverfahren ein Schadenersatzanspruch erhoben werden kann. Organ der Strafvollstreckung ist in Zukunft der das Urteil fällende Richter.

Die Jugendgerichte.

Auch das neue Jugendgerichtsgesetz ist im wesentlichen fertiggestellt und geht nächstens dem Kabinett zu. Es bleibt dem Ermessen des Richters überlassen, ob eine Bestrafung oder ob Erziehungsmaßnahmen oder ob beides angewendet werden soll. Die bedingte Strafaussetzung bis zur Frist von 5 Jahren sowie Erhöhung des Strafmündigkeitsalters auf 14 Jahre ist in dem Entwurf festgelegt. Es soll überhaupt bei den Jugendgerichten mehr das pädagogische Element betont werden; daher werden hier ausnahmslos Frauen und Volksschullehrer zugelassen und es soll niemals ein Urteil gegen den Willen einer Frau gefällt werden.

Die Pariser Verhandlungen.

Die Ablieferung des Hafenmaterials.

Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Rat nahm den Wortlaut des Schreibens an, das sich über die Entschädigung für die Vernichtung der Flotte in Scapa Flow ausspricht. Dieses Schreiben wird dem Freiherrn v. Lersner im Namen der Alliierten nach dem Austausch der Ratifikationen übergeben werden. Er enthält die Verpflichtung Deutschlands zur sofortigen Lieferung von 192 000 Tonnen Schwimmdocks. Eine Herabminderung des Restes der ursprünglich verlangten 400 000 Tonnen kann stattfinden, doch darf das abzuliefernde Material insgesamt nicht weniger als 300 000 Tonnen betragen. Alle irgend noch vorhandenen Hindernisse des Austausches der Ratifikationen werden bis Ende der Woche beseitigt sein.

Friedenseintritt voraussichtlich am 10. Januar.

Der Text der vom Obersten Rat angenommenen Formel, welcher die Verhandlungen über das von Deutschland zur Kompensation für die Zerstörung der Flotte von Scapa Flow verlangte Marinematerial zu Grunde liegen, wurde am Montag nachmittag dem Freiherrn von Lersner übergeben. Man hat sich mit der deutschen Delegation endgültig über die Formulierung geeinigt, so daß der Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls des Friedensvertrages nichts mehr im Wege steht. Die durch die Inkraftsetzung des Vertrages nötig gewordenen Maßnahmen wurden im Prinzip ins Auge gefaßt. Der Austausch der Ratifikationsurkunden wurde auf Sonnabend, 10. Januar, nachmittags, festgesetzt.

Deutsche Bitte um Einschränkung der Besatzungstruppen.

Die deutsche Regierung hat der Friedenskonferenz eine Note übergeben lassen, in der darauf gedrungen wird, daß das Aufgebot von Besatzungstruppen in den Abstimmungsgebieten mit Rücksicht auf die Finanzlage Deutschlands auf das den Verhältnissen nach unbedingt erforderliche Maß beschränkt bleibe.

Hinsichtlich der Abtrennungsgebiete von Danzig und Memel wird die Erwartung ausgesprochen, daß weder die künftige Freistadt Danzig noch das Gebiet von Memel mit den Kosten für die Besatzung belastet werden, da deren Leistungsfähigkeit hierfür bei weitem nicht ausreiche. Die Stärke der von der Entente für Danzig geplanten Besatzung würde den bisherigen Bestand der Friedensbesatzung erheblich überschreiten; auch in Memel würde eine geringere Besatzung hinreichen, um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Ein Verzeichnis der Restfragen.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Versailles hat am Sonnabend einzelne bei den Verhandlungen zu regelnde Fragen mit dem Generalsekretär der Friedensdelegation, Herrn Dutasta, nochmals mündlich besprochen. Bei dieser Gelegenheit ist Herrn Dutasta eine Aufzeichnung übergeben worden, in der die Stellung der deutschen Regierung zu diesen Fragen kurz gekennzeichnet wird.

Zur Beseitigung der Schwierigkeiten, die sich aus der Nichtbeteiligung Amerikas an der Errichtung des ersten Protokolls über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden ergeben, ist Deutschland bereit, weitgehend Entgegenkommen zu zeigen.

Es wird sodann nochmals festgestellt, daß Verkäufe deutschen Hafenmaterials ins Ausland nach dem 3. November nach den bisher angestellten Ermittlungen nicht stattgefunden haben.

Ferner wird erneut Verwahrung dagegen eingelegt, daß die Besatzungen der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow, die sich im Vertrauen auf die Abreden des Waffenstillstandes in den Machtbereich der Gegner begeben haben, gewaltsam festgehalten werden.

Weiter wird die Erwartung ausgesprochen, daß die sechs kleinen Kreuzer, die nach dem Friedensvertrag Deutschland verbleiben, solche Schiffe sein werden, deren Ersatz durch Neubauten nicht schon in wenigen Jahren notwendig wird. Es wird betont, daß die bewegliche Verteidigung der langgestreckten deutschen Küste auf den Besitz militärisch brauchbarer Kreuzer unbedingt angewiesen ist.

Zur Lage.

Die Eisenbahnerbewegung.

Die Lage in Frankfurt a. Main.

Die Lage in der Frankfurter Eisenbahnerbewegung hat sich nicht geändert. Die Ankündigung des Arbeitsministers, daß die Eisenbahnwerkstätten geschlossen werden, falls die passive Resistenz nicht aufhöre, hat, wie die Ortsverwaltung des deutschen Eisenbahnerverbandes mitteilt, die Arbeiter nicht beirrt, auf Grund ihrer Beschlüsse vom 31. Dezember auch am Montag streng nach den „vorgeschriebenenen Bestimmungen" und soweit die Kräfte der Arbeiter es „gestatten, zu arbeiten". Nach Auffassung der Arbeiter wird die Verwaltung von den angekündigten Maßnahmen keinen Gebrauch machen, da eine Betriebsschließung der Eisenbahnwerkstätten nicht auf Frankfurt beschränkt bleiben würde. Die Bewegung würde sich dann über das ganze preußisch-hessische Eisenbahngebiet erstrecken. Die Folge wäre der völlige Zusammenbruch des deutschen Verkehrswesens. Daß dies die Regierung beabsichtigt, könne von der Arbeiterschaft unmöglich angenommen werden. Das Eisenbahndirektionsgebäude ist seit Montag mittag von Reichswehrtruppen und Polizeimannschaften besetzt. Zwischenschenfälle haben sich nicht ereignet. Die Arbeiterschaft verhält sich vollkommen ruhig.

Die Stellungnahme der Beamten.

Auch die Beamtenschaft hat jetzt zu der Bewegung Stellung genommen. Die Vorstände und Vertrauensmänner des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnbeamten, Ortsgruppe Groß-Frankfurt, Fulda, Hanau, Gießen, Offenbach, Friedberg und Limburg erklären in einer Entschließung: Sie hätten keinerlei Veranlassung, auch nur das geringste zu tun, um die Bewegung einzudämmen, „nachdem wir ohne Zweifel die Ueberzeugung haben, daß es sich um einen Existenzkampf handelt, in welchem wir die gleichen Forderungen haben, und nachdrücklich darauf bestehen müssen, daß uns 300 Proz. Aufschlag auf die Teurungszulagen gewährt werden, wie sie bereits am 28. November vom Gesamtkartell des deutschen Beamtenbundes gefordert wurden. Außerdem fordern wir, daß die für die Werkführer geltenden Bestimmungen, wonach kein Beamter weniger als ein Hilfsbeamter oder ein Arbeiter verdienen darf, auf alle Beamten angewendet wird. Zunächst werden wir an der Weisung des Bundesvorstandes „Neutralitätswahrung" mit dem Bemerken festhalten, daß falls nicht unverzüglich Zusagen der Regierung hier eintreffen, wir für den weiteren Verlauf der Bewegung keinerlei Garantien übernehmen können oder werden."

Verschärfung der Lage.

Wie von zuständiger Stelle verlautet, hat sich die Lage in der Eisenbahnerbewegung verschärft. Im Bezirk Elberfeld sind bereits offene Streiks

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119200108-16/fragment/page=0005